

# Hellas am Scheideweg

## Nicht lediglich das »Armenhaus« Europas: Wahlsieg der Linken bietet auch ökonomisch Chancen, nationale Souveränität zurückzugewinnen

*Rainer Rupp*

---

Griechenland steht am Scheideweg. Nachdem der Sieg seiner Partei nicht mehr aufzuhalten war, hatte Syriza-Chef Alexis Tsipras noch Sonntag nacht erklärt, nun sei die brutale Verarmungspolitik, die die Hellenen in den vergangenen Jahren aufgezwungen worden war, zu Ende. Die Schuldigen für den wirtschaftlichen und sozialen Absturz seines Landes sieht der neue Regierungschef Berlin, Brüssel und der Troika, in dieser Reihenfolge. Letztere besteht aus Vertretern von EU-Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB). Mit dem Wahlergebnis aber habe das Land eine neue Seite in seiner Geschichte aufgeschlagen, so Tsipras. Er denke nicht daran, sich an die von den früheren Regierungen unterschriebenen Abkommen mit der Troika über wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen und Rückzahlungsmodalitäten zu halten.

Zur Erinnerung: Die von Brüssel aus öffentlichen Kassen gezahlten und als »Griechenland-Hilfe« deklarierten Kredite in Höhe von Hunderten von Milliarden Euro waren nicht für die verarmte Bevölkerung dort bestimmt. Sie flossen zumeist direkt in Kassen deutscher, französischer und anderer privater Großbanken, die auf diese Weise von den Pleitefolgen ihrer Fehlinvestitionen in Griechenland gerettet wurden.

Tsipras ist kein Revolutionär. Er will nicht einfach die Rückzahlung der Verbindlichkeiten verweigern, sondern mit EU und Troika einen Schuldenschnitt verhandeln. Zugleich will er die Löhne und Gehälter ebenso wie die von seinen Vorgängern radikal gekürzten Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Soziales wieder erhöhen, um so die Wirtschaft des Landes aus

ihrer Agonie zu reißen. Mit beiden Vorhaben beißt er in Brüssel und insbesondere in Berlin auf Granit. Wenn der neue griechische Regierungschef tatsächlich glaubt, er könne mit den Gläubigern eine »neue, machbare Lösung« aushandeln, dann macht er sich gefährliche Illusionen.

In der EU gibt es viele Leute, die mit Blick auf ähnliche Probleme in ihren Heimatländern über Deutschlands Rolle in dieser Geschichte ebenso verärgert sind wie der Syriza-Chef und die mit dessen Forderung nach einem Schuldenschnitt und einem Ende der rigorosen Kürzungspolitik sympathisieren. Doch das nützt wenig, denn tonangebend in EU und Troika ist und bleibt Berlin. Und dort weiß man ganz genau, dass, sobald Griechenland Sonderkonditionen gewährt werden, Portugal, Spanien, Irland, Zypern u. a. sofort auf der Matte stehen und Gleichbehandlung verlangen. Das würde insbesondere den Hauptgeldgeber und Bürgen der sogenannten Euro-Rettungsmaßnahmen finanziell und politisch teuer zu stehen kommen. Die Kritik an der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie ihrer Regierung wäre enorm und die innenpolitischen Auswirkungen einer Gewährung erneuter Sonderkonditionen nicht absehbar.

Schuldenschnitt und Abkehr von der verordneten »Spar«-Politik würde das gesamte »politische Kapital«, das Deutschlands Oligarchen in ihrem Streben nach einem Großmachtstatus in die EU investiert haben, mit einem Schlag vernichten. Ihren oft zitierten Wunsch, bei weltpolitischen Fragen »mit Washington auf Augenhöhe zu verhandeln«, können sich die deutschen Eliten nur erfüllen, wenn Berlin in der EU unangefochten als Führungsmacht anerkannt wird. In der Euro-Zone ist das bereits weitgehend der Fall, und deshalb hat aus Sicht der Bundesregierung dessen Erhalt höchste Priorität. Dazu boten sich zwei Möglichkeiten: Man hätte inmitten der den Euro bedrohenden Finanzkrise das Wohlwollen der ärmeren Mitgliedsstaaten im Rahmen eines permanenten Lastenausgleichs erkaufen können. Auf Grund der enormen Kosten wäre das innenpolitisch in Deutschland nicht durchsetzbar gewesen. Daher war man bereit, den Zorn anderer Europäer auf sich zu ziehen und die widerstrebenden Mitgliedsstaaten wie z. B. Griechenland in die von Berlin verordnete politische und finanzielle Zwangsjacke zu stecken, die viele Länder in die soziale Katastrophe geführt hat.

Tsipras hat nun in der Tat die Chance, Geschichte zu schreiben, nicht nur griechische, sondern auch europäische: Er könnte sein Land aus der Katastrophe herausführen und damit Portugal, Zypern und anderen den richtigen Weg aus der Krise und dem Euro zeigen. Zwar will Tsipras Griechenland weiter im Währungsraum halten, aber dafür müsste er die Politik der alten Regierungen fortsetzen und seine Wahlversprechen kassieren. Angesichts

der angestauten Wut in der Bevölkerung und in seiner eigenen Partei auf die auch von Tsipras beschimpften Oligarchen und anderen ausbeuterischen Vertreter der Oberklasse wäre das ein gefährliches Unterfangen.

Zu erwarten ist, dass es in den kommenden Monaten zu keinem Kompromiss zwischen den griechischen Forderungen und den Positionen von Berlin, EU und Troika kommen wird. Aber lange kann Griechenland nicht warten, denn bereits vor der Wahl am Sonntag hatte im ganzen Land ein Run auf die Banken eingesetzt, die ohne die sofortige Sondernothilfe der EZB zahlungsunfähig geworden wären. Daher könnte die Verschleppung des von Tsipras vorgesehenen Übergangsprozesses im Land eine politische Eigendynamik entwickeln, die der Kontrolle der Verhandlungspartner (griechische Regierung und Brüssel, Troika und Berlin) entgleitet. Und dies könnte den Weg bereiten in die erneute wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit eines souveränen Griechenlands.

---

<http://www.jungewelt.de/2015/01-27/057.php>